

Bundesgesetzblatt

289

Teil I

Z 1997 A

1975

Ausgegeben zu Bonn am 25. Januar 1975

Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
2. 1. 75	Neufassung des Gesetzes über die Verfrachtung alkoholischer Waren 613-5-1	289
21. 1. 75	Dritte Verordnung zur Änderung der Musterungsverordnung 50-1-1	292
21. 1. 75	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein — ADNR — (Verlängerung der Geltungsdauer einiger Vorschriften) 9502-13-2-1, 9502-13-2	297
21. 1. 75	Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Mosel) 9502-13-2-2, 9502-13-2	298
22. 1. 75	Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Flannover-Langenhagen	299

Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über die Verfrachtung alkoholischer Waren

Vom 2. Januar 1975

Auf Grund des Artikels 323 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469) wird nachstehend der Wortlaut des Gesetzes über die Verfrachtung alkoholischer Waren vom 14. April 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 230), geändert durch Artikel 60 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), in der vom 1. Januar 1975 an geltenden Fassung unter Berücksichtigung des Artikels 168 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch bekanntgemacht.

Bonn, den 2. Januar 1975

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Dr. Hiehle

Gesetz über die Verfrachtung alkoholischer Waren

§ 1

(1) Alkoholische Waren im Sinne dieses Gesetzes sind Alkohol (Weingeist) und alkoholhaltige Flüssigkeiten, die zum Genuß oder zur Herstellung von Getränken geeignet sind. Alkoholische Waren sind auch Weine, weinähnliche und weinhaltige Getränke, Arzneiweine, Schaumweine und schaumweinähnliche Getränke, wenn ihr Alkoholgehalt 180 g in einem Liter oder 22 Raumhundertteile überschreitet. Bier und ähnliche Getränke mit einem Alkoholgehalt von weniger als 12 Raumhundertteilen, auch wirksam (vollständig) vergällter Spiritus und Lacke gelten nicht als alkoholische Waren.

(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes sind nicht anwendbar auf alkoholische Waren, die einen Teil des Mund- und Schiffsvorrats des sie befördernden Schiffes bilden oder Fahrgästen oder Mitgliedern der Schiffsbesatzung gehören, wenn diese Waren die für die Reise erforderliche Menge nicht überschreiten und bei der Einreise in einen der in § 3 genannten Staaten nach dessen Zollvorschriften angemeldet werden.

§ 2

(1) Schiffen von weniger als 100 Registertonnen Nettoraumgehalt ist die Beförderung alkoholischer Waren, insbesondere die Ausfuhr oder das sonstige Verbringen aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes, verboten.

(2) Diese Vorschrift gilt nicht für mechanisch angetriebene Schiffe in regelmäßiger Linienfahrt und für die Beförderung auf Binnengewässern.

§ 3

Schiffe von geringerem als 500 Registertonnen Nettoraumgehalt, die einem Staate angehören, der dem Abkommen zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels vom 19. August 1925 beigetreten ist, dürfen alkoholische Waren nur ausführen oder sonst aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringen, wenn sie im Besitz einer schriftlichen amtlichen Genehmigung der zuständigen Behörde des Heimatlandes sind.

§ 4

(1) Die in § 3 genannten Genehmigungen erteilt im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Hafenbehörde des Heimathafens.

(2) Deutschen Schiffen darf diese Genehmigung nur erteilt werden, wenn die Ehrenhaftigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Reeders durch das Zeugnis einer in Sachen des Handels und der Schiffahrt zuständigen öffentlichen oder privaten Stelle erwiesen wird.

(3) Die Genehmigung wird für die Dauer von 3 Jahren von dem Tage der Ausstellung ab erteilt; sie erlischt, wenn das Schiff den Reeder wechselt.

§ 5

Die Ausreise der in § 3 bezeichneten Schiffe aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes darf nur erfolgen,

1. wenn offensichtlich kein Schmuggelhandel vorliegt,
2. wenn der Kapitän des Schiffes, der Stellvertreter des Kapitäns oder der Ablader der alkoholischen Waren schriftlich erklärt hat, daß die an Bord des Schiffes verladenen alkoholischen Waren rechtmäßig ausgeführt oder sonst aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht und tatsächlich am Bestimmungsorte nach den dort gültigen Bestimmungen eingeführt werden sollen und
3. wenn die in § 6 vorgeschriebenen Nachweise über die frühere Ausfuhr von alkoholischen Waren geführt sind.

§ 6

(1) Mit der in den §§ 3 und 4 genannten schriftlichen amtlichen Genehmigung ist ein Anhang durchnumerierter freier Blätter fest zu verbinden und darin die jedesmalige Menge, Art und Bestimmung der alkoholischen Waren, die auf den in § 3 erwähnten Schiffen ausgeführt oder sonst aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden sollen, zu verzeichnen. Dies Verzeichnis hat der Kapitän oder der Stellvertreter des Kapitäns zu unterschreiben und die Hafenbehörde des Ausgangshafens abzustempeln.

(2) Der Kapitän oder der Stellvertreter des Kapitäns hat dafür zu sorgen, daß die zuständigen Behörden im Bestimmungshafen ebenfalls auf dem Anhang unter Beidruck eines Stempels bescheinigen, daß die Waren ordnungsmäßig gelöscht worden sind.

(3) Wenn in einem Löschhafen diese Bescheinigung der zuständigen Behörden nicht zu erhalten ist, darf der in Absatz 2 geforderte Nachweis in anderer ausreichender Weise geführt werden.

(4) Kann der Kapitän oder der Stellvertreter des Kapitäns infolge von Havarien oder aus anderen stichhaltigen Gründen den ordnungsmäßigen Nachweis nicht führen, so hat er diese Hinderungsgründe nachzuweisen.

§ 7

Die zur Durchführung der §§ 2 bis 6 erforderlichen Maßnahmen sind von den Regierungen der Küstenländer zu treffen. Die Zollverwaltung ist in dem durch die jeweiligen Verhältnisse gebotenen Umfang zu beteiligen.

§ 8

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Kapitän oder Stellvertreter des Kapitäns

1. entgegen § 2 alkoholische Waren befördert, ausführt oder sonst aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt oder
 2. entgegen § 3 ohne schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde oder entgegen § 5 Nr. 2 ohne schriftliche Erklärung einer dort bezeichneten Person alkoholische Waren ausführt oder sonst aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit und der Versuch einer Ordnungswidrigkeit können in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu 5 000 Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Alkoholische Waren, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, können eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

(4) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 kann die Tat auch dann geahndet werden, wenn sie nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes begangen wird.

§ 9

Im Falle nachgewiesenen Mißbrauchs kann die in § 3 erwähnte Genehmigung deutschen Schiffen durch die Hafenbehörde, die sie erteilt hat, wieder entzogen werden.

§ 10

Dieses Gesetz tritt 30 Tage nach der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde des in § 3 genannten Abkommens in Kraft.*)

*) Das Gesetz ist am 9. September 1927 in Kraft getreten (Reichsgesetzbl. II S. 878).

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Musterungsverordnung**

Vom 21. Januar 1975

Auf Grund der §§ 22, 23 Abs. 1 Satz 6, des § 26 Abs. 6 Satz 1, des § 33 Abs. 7 und des § 50 Abs. 1 Nr. 4 des Wehrpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2277), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

**Artikel 1
Änderung der Musterungsverordnung**

Die Musterungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 112) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „die Musterungsbezirke“ gestrichen.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden durch folgende Absätze 1 bis 3 ersetzt:

„(1) Die Wehrpflichtigen werden vom Kreiswehrersatzamt unter Angabe von Ort und Zeit zur Musterung geladen. Ist es bei Wehrpflichtigen mit häufig wechselndem Aufenthalt zweifelhaft, ob sie der Ladung zu einem bestimmten Musterungstermin Folge leisten werden, können sie unter Angabe des Musterungsortes mit der Maßgabe geladen werden, daß sie sich binnen drei Monaten bei nächster Gelegenheit zur Musterung vorzustellen haben (Dauerladung); § 3 Abs. 4 bleibt unberührt. Wird die Ladung zugestellt, so gilt für das Zustellungsverfahren das Verwaltungszustellungsgesetz. Bei minderjährigen Wehrpflichtigen ist an diese zuzustellen; § 7 Abs. 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes gilt insoweit nicht.

„(2) Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. Sie entfällt, wenn

1. Wehrübungen als Bereitschaftsdienst angeordnet sind,
2. Einberufungen zu einer nach den Umständen gebotenen Herstellung der Einsatzfähigkeit oder zur Sicherung der Operationsfreiheit der Streitkräfte notwendig sind oder
3. der Verteidigungsfall eingetreten ist.

„(3) Die Kreiswehrersatzämter können die für die Musterung bestimmten Wehrpflichtigen, auch ohne sie einzeln zu laden, durch öffentliche Bekanntmachung zur Vorstellung auffordern. Die Bekanntmachung muß den

Kreis der zu musternden Wehrpflichtigen bezeichnen sowie Ort und Zeit der Musterung angeben.“

- b) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden Absätze 4 bis 6.
- c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Worte „so weit sie noch nicht bei der Erfassung vorgelegt wurden“ gestrichen.
- d) In Absatz 4 Nr. 6 werden die Worte „des Bundesgrenzschutzes oder der Polizeien der Länder“ gestrichen.
- e) In Absatz 4 Nr. 7 werden die Worte „zwei gleiche Paßbilder“ durch die Worte „ein Paßbild“ ersetzt.
- f) In Absatz 4 wird der Punkt nach Nummer 10 durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 11 angefügt:
„11. Unterlagen über die Versicherungsnummer in den gesetzlichen Rentenversicherungen.“
- g) Absatz 5 erhält folgende Fassung:
„(5) Wehrpflichtige, die sich im Vollzug einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung befinden, sollen erst nach ihrer Entlassung gemustert werden.“
- h) Der bisherige Absatz 5 Satz 2 und der bisherige Absatz 6 werden gestrichen.

3. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Worte „für den Wehrdienst dauernd untauglich“ durch die Worte „nicht wehrdienstfähig“ ersetzt.

b) In Nummer 7 werden die Worte „des § 13 a“ durch die Worte „der §§ 13 a oder 13 b“ ersetzt.

c) Nummer 9 erhält folgende Fassung:

„9. wenn sie auf Grund eines Antrags, vorzeitig zum Grundwehrdienst herangezogen zu werden, bereits gemustert worden sind (§ 18 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 des Wehrpflichtgesetzes); § 13 Abs. 2 bleibt unberührt.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Die Amtszeit von Beisitzern, die während einer Wahlperiode gewählt werden, beschränkt sich auf die restliche Dauer der Wahlperiode.“

- c) In Absatz 2 werden die Worte „in ihrem Bereich“ durch die Worte „aus ihrem Bereich“ ersetzt.
 - d) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „Personen, deren Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, festgestellt ist,“ durch die Worte „anerkannte Kriegsdienstverweigerer“ ersetzt.
 - e) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
 „(4) Vom Amt eines Beisitzers sind ausgeschlossen
 - 1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden sind,
 - 2. Personen, gegen die Anklage wegen einer Tat erhoben ist, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
 - 3. Personen, die durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind,
 - 4. Personen, die nicht das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften des Landes besitzen.“
 - f) Absatz 7 erhält folgende Fassung:
 „(7) Beisitzer, bei denen nach Aufnahme in die Liste (§ 5 Abs. 1) Umstände eintreten oder bekannt werden, die ihrer Wahl entgegenstehen (Absätze 3 und 4), sind von der Liste zu streichen und hiervon schriftlich zu unterrichten. Beisitzer, die ihre Amtspflichten gründlich verletzt haben oder die zur Ausübung ihres Amtes erforderlichen geistigen oder körperlichen Fähigkeiten nicht mehr besitzen, sind vom Leiter des Kreiswehrersatzamts als Vorsitzendem des Musterungsausschusses durch schriftlichen Bescheid von ihrem Amt zu entbinden. Die Beisitzer sind vorher zu den hierfür erheblichen Tatsachen zu hören.“
5. § 5 wird wie folgt geändert:
- a) Die Absätze 1 bis 4 werden Absätze 2 bis 5.
 - b) Folgender Absatz 1 wird eingefügt:
 „(1) Die Reihenfolge bei der Heranziehung der Beisitzer wird von den Kreiswehrersatzämtern durch das Los bestimmt und in einer Liste festgelegt.“
 - c) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
 „Die Beisitzer können zu Sitzungen außerhalb der kreisfreien Stadt oder des Landkreises, in denen sie gewählt sind, herangezogen werden.“
 - d) In Absatz 3 werden zwischen dem Wort „Kreiswehrersatzamtes“ und dem Wort „kann“ die Worte „als Vorsitzender des Musterungsausschusses“ eingefügt.

e) In Absatz 5 werden die Worte „nach den für Schöffen und Geschworene geltenden Vorschriften“ durch die Worte „nach dem Gesetz über die Entschädigung ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

6. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „Abs. 3“ durch die Worte „Abs. 4 und 5“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird gestrichen, die Absätze 3 bis 5 werden Absätze 2 bis 4 und erhalten folgende Fassung:

„(2) Außer den Mitgliedern des Musterungsausschusses können bei dienstlichem Interesse Vertreter der unteren Verwaltungsbehörde, der Erfassungsbehörde und der Dienststellen der Bundeswehrverwaltung, denen die Dienst- oder Fachaufsicht obliegt, an der Musterung teilnehmen. Dies gilt auch für Bedienstete der Bundeswehrverwaltung, die im Rahmen ihrer Ausbildung oder der Einweisung in ihre Aufgaben mit der Tätigkeit eines Musterungsausschusses vertraut gemacht werden sollen.

(3) Für die Entschädigung der vom Musterungsausschuss geladenen Zeugen und Sachverständigen gilt das Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen.

(4) In den Fällen des § 2 Abs. 6 soll im Musterungsverfahren die Fürsorgeerziehungsbehörde oder die für die freiwillige Erziehungshilfe zuständige Behörde gehört werden.“

7. Folgender § 6 a wird eingefügt:

„§ 6 a

Beratung und Abstimmung

Beratung und Abstimmung sind geheim, wenn ein Mitglied des Musterungsausschusses es im Einzelfall verlangt. Der Vorsitzende kann jedoch den in § 6 Abs. 2 Satz 2 bezeichneten Personen die Anwesenheit gestatten. Die Mitglieder des Musterungsausschusses und die übrigen anwesenden Personen haben über den Hergang bei der geheimen Beratung und Abstimmung auch nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses oder ihrer Tätigkeit als Beisitzer zu schweigen.“

8. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird gestrichen.
- b) Die Absätze 3 bis 5 werden Absätze 2 bis 4.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „abgewiesen“ durch das Wort „abgelehnt“ ersetzt.
- d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Vor der Entscheidung über einen Widerruf der Zurückstellung ist der Wehrpflichtige zu hören. Der Widerruf ergeht durch schriftlichen Bescheid; der Bescheid ist zu begründen.“

9. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „als Fahrkosten die Auslagen“ durch die Worte „die Fahrkosten“ ersetzt, das Wort „(Rückfahrkarte)“ gestrichen sowie zwischen dem Wort „Wagenklasse“ und dem Wort „entstehen“ die Worte „unter Ausnutzung möglicher Fahrpreisermäßigungen“ eingefügt.
- b) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Zuschläge werden nicht erstattet.“
- c) In Absatz 1 Satz 4 werden die Worte „3,— Deutsche Mark“ durch die Worte „6,— Deutsche Mark“ ersetzt.
- d) In Absatz 2 werden die Worte „werden auf Antrag die Auslagen“ durch die Worte „erhalten auf Antrag Ersatz der Fahrkosten“ ersetzt, zwischen dem Wort „Wagenklasse“ und dem Wort „entstehen“ die Worte „unter Ausnutzung möglicher Fahrpreisermäßigungen“ eingefügt und die Worte „, ersetzt“ gestrichen.
- e) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Ihnen wird außerdem bei Abwesenheit von der Wohnung von länger als sechs Stunden ein pauschaler Auslagenersatz in Höhe von 4,— Deutsche Mark gewährt, wenn die Musterung vor 12 Uhr beginnt und nach 14 Uhr endet.“
- f) In Absatz 3 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und werden die Worte „wenn die Strecken über die Grenze einer Gemeinde hinausgeführt haben“ angefügt.
- g) In Absatz 6 Satz 1 werden die Worte „0,50 Deutsche Mark“ durch die Worte „1,— Deutsche Mark“ ersetzt.
- h) In Absatz 6 Satz 4 werden die Worte „3,— Deutsche Mark“ durch die Worte „5,— Deutsche Mark“ ersetzt.
- i) Dem Absatz 6 werden folgende Sätze 5 und 6 angefügt:
„Wehrpflichtige, die nicht Arbeitnehmer sind, haben keinen Anspruch auf Erstattung von Verdienstausfall. Notwendige Aufwendungen, die ihnen durch die Bestellung eines Vertreters für die Zeit ihrer durch die Musterung bedingten Abwesenheit entstanden sind, erhalten sie jedoch erstattet, wenn die Vertretung erforderlich war.“
- j) Absatz 7 wird gestrichen.

10. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10

Beisitzer in den Musterungskammern

Für die Wahl und Heranziehung der Beisitzer in den Musterungskammern sind die für die Wahl und Heranziehung der Beisitzer in den Musterungsausschüssen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. An die Stelle des Kreiswehrersatzamtes tritt die Wehrbereichsverwaltung.“

11. In § 11 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Abs. 2“ durch die Worte „Abs. 3“ ersetzt.

12. Die Überschrift vor § 12 „2. Bestandsmusterung“ und § 12 werden gestrichen.

13. In der Überschrift vor § 13 „3. Einberufung der ungedienten Wehrpflichtigen“ wird die Zahl „3“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

14. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Einberufung von Wehrpflichtigen, die als vorübergehend nicht wehrdienstfähig vom Wehrdienst zurückgestellt worden sind (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 des Wehrpflichtgesetzes), ist, wenn diese Entscheidung im Musterungsverfahren ergangen ist, von dem Ergebnis einer nochmaligen Musterung, sonst von dem Ergebnis einer erneuten ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen.“

- b) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Im Einberufungsbescheid ist die Dauer des zu leistenden Wehrdienstes anzugeben; dies gilt nicht für die Einberufung zum Wehrdienst im Verteidigungsfall nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Wehrpflichtgesetzes, zu Wehrübungen als Bereitschaftsdienst nach § 6 Abs. 6 des Wehrpflichtgesetzes oder zum Wehrdienst während der Verfügungsreserve nach § 6 a des Wehrpflichtgesetzes.“

- c) In Absatz 4 Satz 3 wird das Wort „ergehen“ durch die Worte „zugestellt sein“ ersetzt.

15. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

Eignungsprüfung

Werden Wehrpflichtige, die nach dem Musterungsbescheid wehrdienstfähig sind, vor ihrer Einberufung auf ihre Eignung für bestimmte Verwendungen geprüft, gelten für das Verfahren § 2 Abs. 1 bis 3, 5 und 6, § 3 Abs. 2, 3 und 4 Satz 1 sowie § 9 entsprechend.“

16. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Wehrdienstausnahmen, Einschränkungen und Erweiterungen der Verfügbarkeit

(1) Ist der Wehrpflichtige nach den §§ 9 bis 13 b, 42 oder 42 a des Wehrpflichtgesetzes vom Wehrdienst ausgenommen, so ist ein Einberufungsbescheid durch schriftlichen Bescheid aufzuheben. Ist der Wehrpflichtige nach § 12 des Wehrpflichtgesetzes für eine bestimmte Zeit zurückgestellt oder nach § 13 des Wehrpflichtgesetzes für eine bestimmte Zeit unabkömmlich gestellt, so kann der Einberufungsbescheid statt dessen vor Beginn des Wehrdienstverhältnisses durch schriftlichen Bescheid entsprechend geändert werden; im Falle des Grundwehrdienstes

ist der Einberufungsbescheid jedoch durch schriftlichen Bescheid zu widerrufen, wenn der Wehrpflichtige über den in § 12 Abs. 6 Satz 1 des Wehrpflichtgesetzes bestimmten Zeitpunkt hinaus zurückgestellt oder unabkömlich gestellt ist.

(2) Ist der Wehrpflichtige für den Grundwehrdienst in zeitlich getrennten Abschnitten zur Verfügung gestellt, so ist ein Einberufungsbescheid für den ununterbrochenen Grundwehrdienst durch schriftlichen Bescheid zu widerufen; der Einberufungsbescheid ist jedoch mit Ausnahme des für den Diensteintritt festgesetzten Zeitpunktes durch schriftlichen Bescheid zu ändern, wenn der Wehrpflichtige nach seiner Verfügbarkeit und den Belangen der Truppe den Wehrdienst als Grundwehrdienst in zeitlich getrennten Abschnitten entsprechend dem geänderten Einberufungsbescheid antreten oder fortsetzen kann. Ist der Wehrpflichtige für den ununterbrochenen Grundwehrdienst zur Verfügung gestellt und diese Entscheidung vollziehbar, so ist ein Einberufungsbescheid für den Grundwehrdienst in zeitlich getrennten Abschnitten mit Ausnahme des für den Diensteintritt festgesetzten Zeitpunktes durch schriftlichen Bescheid zu ändern.“

17. Folgender § 15 a wird eingefügt:

„§ 15 a

Überprüfung des Tauglichkeitsgrades

Wehrpflichtigen, die nach der Musterung auf Antrag oder von Amts wegen erneut ärztlich untersucht werden, sind das Ergebnis dieser Untersuchung und die sich daraus ergebende Rechtsfolge durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen. Dies gilt entsprechend, wenn eine beantragte Überprüfung des Tauglichkeitsgrades ohne ärztliche Untersuchung durchgeführt wird.“

18. In der Überschrift vor § 16 „4. Heranziehung der gedienten Wehrpflichtigen (§§ 23 und 36 des Wehrpflichtgesetzes)“ wird die Zahl „4“ durch die Zahl „3“ ersetzt.

19. § 16 Abs. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Prüfung der Verfügbarkeit gedienter Wehrpflichtiger gelten die §§ 2, 3, 7 und 15 a entsprechend.

(2) Für die Erstattung von notwendigen Auslagen und von Verdienstausfall ist § 9 entsprechend anzuwenden. Wehrpflichtigen werden aber auf Antrag die Fahrkosten erstattet, die bei Benutzung der ihrem Dienstgrad entsprechenden Wagenklasse entstehen. Dauert die Abwesenheit in Ausnahmefällen länger als zwölf Stunden oder wird eine Übernachtung notwendig, so sind Tagegeld und im Falle einer Übernachtung Übernachtungsgeld nach der dem Dienstgrad entsprechenden Reisekostenstufe für Bundesbeamte zu gewähren.“

20. § 18 erhält folgende Fassung:

„§ 18

Wehrdienstausnahmen, Einschränkungen und Erweiterungen der Verfügbarkeit

Für Wehrdienstausnahmen sowie für Einschränkungen und Erweiterungen der Verfügbarkeit gilt § 15 entsprechend.“

21. Nach § 18 und vor der Überschrift „5. Vorschriften für Kriegsdienstverweigerer“ werden die Überschrift „4. Persönliche Meldung, Übernahme oder Vorlage von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken“ sowie folgender § 18 a eingefügt:

„§ 18 a

§ 9 findet entsprechend Anwendung bei Wehrpflichtigen, die sich gemäß § 24 Abs. 6 Nr. 3 des Wehrpflichtgesetzes auf Auffordern der zuständigen Wehrsatzbehörde persönlich zu melden haben; handelt es sich um gediente Wehrpflichtige, ist außerdem § 16 Abs. 2 Satz 2 und 3 entsprechend anzuwenden. Das gleiche gilt für Wehrpflichtige, die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke nach § 3 Abs. 1 Satz 2 des Wehrpflichtgesetzes zu übernehmen oder nach § 24 Abs. 6 Nr. 4 des Wehrpflichtgesetzes vorzulegen haben; als Auslagen werden ihnen auf Antrag auch die notwendigen Transportkosten erstattet.“

22. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „§ 33 Abs. 3“ durch die Worte „§ 33 Abs. 4“ ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von § 2 Abs. 2 Satz 1, § 4 Abs. 3 Satz 2, § 6 Abs. 2 und § 6 a Satz 1 und 2 gelten folgende Vorschriften:

1. Die Ladungsfrist beträgt mindestens drei Tage, wenn der Wehrpflichtige Wehrdienst leistet oder einberufen ist.
2. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer dürfen zu Beisitzern gewählt werden.
3. Außer den Mitgliedern des Prüfungsgremiums können bei dienstlichem Interesse nur Vertreter der Dienststellen der Bundeswehrverwaltung, denen die Dienst- oder Fachaufsicht obliegt, und Bedienstete der Bundeswehrverwaltung, die im Rahmen der Einweisung in ihre Aufgaben mit der Tätigkeit eines Prüfungsgremiums vertraut gemacht werden sollen, an der Verhandlung teilnehmen.

4. Beratung und Abstimmung sind stets geheim. Der Vorsitzende kann dabei nur Bedienstete der Bundeswehrverwaltung, die im Rahmen der Einweisung in ihre Aufgaben mit der Tätigkeit eines Prüfungsgremiums vertraut gemacht werden sollen, die Anwesenheit gestatten.“

c) Absatz 3 wird gestrichen.

d) Die Absätze 4 und 5 werden Absätze 3 und 4.

- e) An Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „und laden die Wehrpflichtigen“ angefügt.
- f) Der bisherige Absatz 5 Satz 1 wird gestrichen.

Artikel 2**Neufassung der Musterungsverordnung**

Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt, die Musterungsverordnung in der nunmehr geltenden Fassung mit neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 3**Übergangsvorschrift**

Die Amtsdauer der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung gewählten Beisitzer endet am 31. Dezember 1975.

Artikel 4**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Januar 1975

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Verteidigung
Georg Leber

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Wirtschaft
Friderichs

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur vorübergehenden Änderung der Verordnung
über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR)
(Verlängerung der Geltungsdauer einiger Vorschriften)**

Vom 21. Januar 1975

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immisionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) — Anlage zur Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein und über die Ausdehnung dieser Verordnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen vom 23. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1851), geändert durch die Verordnung vom 29. Dezember 1972 (Bundesgesetzblatt 1973 I S. 9) — wird verordnet:

§ 1

§ 8 der Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Verordnung über die Beförderung gefähr-

licher Güter auf dem Rhein (ADNR) vom 19. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2497), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 44), wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Buchstabe a wird „31. Dezember 1974“ durch „30. September 1977“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft.

Bonn, den 21. Januar 1975

**Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Heinz Ruhnau**

**Verordnung
zur Änderung der Zweiten Verordnung
zur vorübergehenden Änderung der Verordnung
über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein
(Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Mosel)**

Vom 21. Januar 1975

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch das Bundes-Immisionsschutzgesetz vom 15. März 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 721, 1193), in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) — Anlage zur Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein und über die Ausdehnung dieser Verordnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen vom 23. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1851), geändert durch die Verordnung vom 29. Dezember 1972 (Bundesgesetzblatt 1973 I S. 9) — wird verordnet:

§ 1

Die Zweite Verordnung zur vorübergehenden Änderung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein vom 26. September 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 2362, 1975 S. 270) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 wird folgender § 2 a eingefügt:

„§ 2 a

Diese Verordnung gilt auch auf der Mosel.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Worten „Diese Verordnung tritt“ werden die Worte „für den Rhein“ und
- b) nach den Worten „am 1. Oktober 1974“ werden die Worte „und für die Mosel am 1. Februar 1975“ eingefügt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1975 in Kraft.

Bonn, den 21. Januar 1975

**Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Heinz Ruhnau**

**Verordnung
über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs
für den Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen**

Vom 22. Januar 1975

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 282), geändert durch Artikel 70 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr und mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Zum Schutz der Allgemeinheit vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen durch Fluglärm in der Umgebung des Verkehrsflughafens Hannover-Langenhagen wird der in § 2 bestimmte Lärmschutzbereich festgesetzt.

§ 2

Der Lärmschutzbereich mit seinen zwei Schutzonen wird bestimmt durch die interpolierten Verbindungslien zwischen den in Anlage 1 genannten Kurvenpunkten, soweit diese Linien außerhalb des Flugplatzgeländes verlaufen.

§ 3

(1) Liegt eine bauliche Anlage zu einem Teil im Lärmschutzbereich, so gilt sie als ganz im Lärmschutzbereich gelegen. Liegt eine bauliche Anlage zu einem Teil in der Schutzone 1, so gilt sie als ganz in dieser Schutzone gelegen.

(2) Auf die Errichtung einer baulichen Anlage ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 4

Der nach § 2 bestimmte Lärmschutzbereich ist in einer topographischen Karte im Maßstab 1 : 50 000 und in Blättern der Deutschen Grundkarte im Maßstab 1 : 5 000 dargestellt. Die topographische Karte ist als Anlage 2*) dieser Verordnung beigefügt. Die Blätter der Deutschen Grundkarte sind bei der Stadt Langenhagen, Ordnungsamt, 3012 Langenhagen, Langenforther Platz 1, zu jedermanns Einsicht archivmäßig gesichert niedergelegt.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 22. Januar 1975

**Der Bundesminister des Innern
Werner Maihofer**

*) Die Anlage 2 dieser Verordnung wird Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil I auf Anforderung kostenlos zugestellt.

Anlage 1
**(zu § 2 der Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs
für den Verkehrsflughafen Hannover-Langenhangen)**

Lärmschutzbereich

Koordinatensystem: Gauß-Krüger

Interpolation: Polynom 3. Grades mit stetigem Tangentenübergang

Kurvenpunkte der Schutzzone 1 (Nord)

NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)
1	3547000.0	5815471.4	31	3548017.2	5814706.3	101	3544339.3	5814927.2
2	3547009.9	5815472.5	32	3547949.6	5814663.6	102	3544269.4	5814966.2
3	3547019.9	5815473.3	33	3547878.1	5814627.7	103	3544199.3	5815004.7
4	3547039.8	5815473.4	34	3547802.9	5814600.5	104	3544130.3	5815045.2
5	3547079.6	5815479.6	35	3547724.7	5814583.4	105	3544062.2	5815087.2
6	3547159.1	5815488.6	36	3547685.0	5814578.9	106	3543999.1	5815136.4
7	3547238.4	5815498.8	37	3547645.0	5814577.1	107	3543971.7	5815165.5
8	3547317.7	5815509.8	38	3547605.1	5814578.7	108	3543958.6	5815180.6
9	3547396.8	5815521.7	39	3547566.8	5814590.5	109	3543947.2	5815197.0
10	3547475.7	5815534.6	40	3547528.4	5814601.6	110	3543940.6	5815215.9
11	3547554.5	5815548.4	61	3547451.1	5814622.0	111	3543944.7	5815235.5
12	3547593.9	5815555.5	62	3547373.2	5814640.2	112	3543956.7	5815251.4
13	3547633.2	5815563.0	63	3547295.2	5814658.1	113	3543971.4	5815265.0
14	3547673.2	5815563.0	64	3547217.4	5814676.7	114	3544003.1	5815289.5
15	3547712.9	5815558.2	65	3547139.2	5814693.7	115	3544072.9	5815328.5
16	3547752.1	5815550.5	66	3547060.5	5814707.8	116	3544146.8	5815359.3
17	3547828.6	5815526.9	67	3546981.6	5814721.2	117	3544220.7	5815389.9
18	3547901.3	5815493.6	68	3546902.6	5814733.7	118	3544295.2	5815418.8
19	3547969.6	5815452.0	69	3546823.6	5814746.1	119	3544369.8	5815447.8
20	3548033.6	5815403.9	70	3546744.8	5814759.9	120	3544444.4	5815476.7
21	3548094.7	5815352.3	71	3546663.9	5814773.4	121	3544519.3	5815504.9
22	3548155.9	5815300.7	72	3546586.8	5814785.5	122	3544594.7	5815531.7
23	3548221.0	5815254.3	73	3546507.9	5814798.5	123	3544670.8	5815556.2
24	3548291.5	5815216.5	74	3546429.6	5814815.0	124	3544748.2	5815576.5
25	3548364.5	5815183.7	75	3546351.2	5814830.9	125	3544826.8	5815591.2
26	3548440.6	5815159.2	76	3546271.3	5814835.1	126	3544906.5	5815598.5
27	3548518.1	5815139.3	77	3546191.7	5814826.9	127	3544986.4	5815594.4
28	3548595.7	5815119.9	78	3546112.9	5814813.4	128	3545066.0	5815586.6
29	3548673.6	5815101.5	79	3546034.0	5814800.1	129	3545145.7	5815579.3
30	3548712.5	5815092.1	80	3545955.3	5814785.5	130	3545225.4	5815572.2
31	3548751.1	5815081.9	81	3545877.0	5814769.4	131	3545305.1	5815565.4
32	3548770.3	5815076.1	82	3545799.0	5814751.5	132	3545384.8	5815559.0
33	3548789.2	5815069.5	83	3545721.5	5814731.8	133	3545464.6	5815553.1
34	3548807.3	5815061.1	84	3545644.2	5814711.2	134	3545544.4	5815547.5
35	3548815.6	5815055.4	85	3545566.0	5814694.1	135	3545624.2	5815542.2
36	3548820.5	5815046.8	86	3545486.4	5814686.1	136	3545704.0	5815536.2
37	3548814.8	5815038.6	87	3545406.4	5814686.7	137	3545782.8	5815522.2
38	3548806.1	5815033.6	88	3545326.4	5814688.3	138	3545860.6	5815503.5
39	3548796.9	5815029.8	89	3545246.4	5814689.3	139	3545938.4	5815485.0
40	3548777.9	5815023.6	90	3545166.4	5814689.7	140	3546016.5	5815467.5
41	3548739.0	5815014.3	91	3545086.4	5814689.3	141	3546094.6	5815450.4
42	3548660.4	5814959.4	92	3545006.4	5814688.2	142	3546172.7	5815433.2
43	3548581.7	5814984.9	93	3544926.5	5814686.7	143	3546251.0	5815416.8
44	3548503.4	5814968.4	94	3544846.9	5814693.2	144	3546290.6	5815411.0
45	3548425.5	5814950.3	95	3544770.0	5814717.2	145	3546330.2	5815405.2
46	3548349.4	5814925.7	96	3544694.8	5814744.6	146	3546370.1	5815407.5
47	3548276.2	5814893.3	97	3544621.5	5814776.6	147	3546409.9	5815411.4
48	3548207.0	5814853.2	98	3544549.7	5814811.7	148	3546489.6	5815419.1
49	3548144.0	5814803.9	99	3544479.1	5814849.4	149	3546569.2	5815427.2
50	3548081.8	5814753.6	100	3544409.1	5814888.1	150	3546648.7	5815436.0
						151	3546728.1	5815445.3
						152	3546807.7	5815453.5
						153	3546887.4	5815460.6
						154	3546967.0	5815468.1
						155	3547000.0	5815471.4

Kurvenpunkte der Schutzzone 1 (Süd)

NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)
1	3547000.0	5813973.2	51	3548554.7	5813258.5	101	3545100.5	5813783.6
2	3547009.8	5813971.1	52	3548476.4	5813242.1	102	3545100.7	5813793.6
3	3547019.6	5813969.1	53	3548436.6	5813238.9	103	3545105.5	5813802.4
4	3547039.2	5813965.0	54	3548396.6	5813239.9	104	3545112.7	5813809.4
5	3547078.3	5813956.9	55	3548357.7	5813249.4	105	3545128.8	5813821.2
6	3547157.9	5813948.9	56	3548318.9	5813258.9	106	3545164.0	5813840.2
7	3547237.8	5813954.1	57	3548241.0	5813277.1	107	3545200.4	5813856.8
8	3547317.5	5813960.1	58	3548162.9	5813294.5	108	3545274.7	5813886.4
9	3547397.1	5813968.0	59	3548084.6	5813311.1	109	3545349.9	5813913.7
10	3547476.0	5813981.4	60	3548006.2	5813326.9	110	3545425.7	5813939.2
11	3547554.7	5813956.0	61	3547927.7	5813342.5	111	3545502.2	5813962.6
12	3547633.4	5814010.1	62	3547849.3	5813358.3	112	3545578.7	5813986.0
13	3547712.4	5814023.0	63	3547771.0	5813374.5	113	3545655.0	5814010.3
14	3547791.2	5814036.4	64	3547692.5	5813390.3	114	3545731.0	5814035.0
15	3547870.1	5814049.9	65	3547614.0	5813405.6	115	3545807.4	5814058.9
16	3547949.0	5814063.2	66	3547535.5	5813421.0	116	3545884.6	5814079.8
17	3548028.0	5814075.8	67	3547457.0	5813436.6	117	3545963.1	5814095.1
18	3548107.2	5814087.1	68	3547378.4	5813451.5	118	3546042.8	5814102.2
19	3548186.5	5814097.6	69	3547299.2	5813462.3	119	3546122.7	5814098.0
20	3548265.8	5814108.3	70	3547219.8	5813471.9	120	3546202.1	5814088.3
21	3548344.9	5814120.0	71	3547140.3	5813480.8	121	3546281.7	5814080.2
22	3548384.4	5814126.2	72	3547060.3	5813477.9	122	3546361.6	5814075.2
23	3548423.9	5814132.8	73	3546981.0	5813467.7	123	3546441.4	5814071.0
24	3548463.8	5814130.6	74	3546901.7	5813457.1	124	3546521.4	5814067.3
25	3548503.1	5814122.8	75	3546822.3	5813446.8	125	3546600.9	5814059.2
26	3548541.5	5814111.6	76	3546743.1	5813436.0	126	3546679.1	5814042.2
27	3548615.3	5814080.8	77	3546663.9	5813424.6	127	3546737.2	5814024.7
28	3548684.0	5814039.8	78	3546584.3	5813416.2	128	3546835.4	5814007.8
29	3548746.5	5813989.8	79	3546504.3	5813416.4	129	3546913.7	5813991.5
30	3548802.6	5812932.8	80	3546424.3	5813417.6	130	3546992.0	5813974.9
31	3548853.3	5813871.0	81	3546344.3	5813418.4	131	3547000.0	5813973.2
32	3548901.8	5813807.4	82	3546264.3	5813418.6			
33	3548951.3	5813744.5	83	3546184.3	5813417.6			
34	3548979.4	5813716.0	84	3546104.4	5813415.9			
35	3549010.5	5812660.8	85	3546024.4	5813418.6			
36	3549026.7	5812679.1	86	3545945.7	5813432.8			
37	3549042.9	5812667.3	87	3545868.8	5813454.9			
38	3549057.7	5812653.9	88	3545793.6	5813482.3			
39	3549063.2	5812645.5	89	3545719.5	5813512.3			
40	3549063.7	5812635.5	90	3545645.5	5813542.7			
41	3549058.1	5812627.2	91	3545971.1	5813572.2			
42	3549050.4	5812620.8	92	3545496.3	5813600.6			
43	3549033.7	5812609.9	93	3545421.8	5813629.8			
44	3548999.1	5812589.8	94	3545347.4	5813659.2			
45	3548934.5	5812342.4	95	3545273.2	5812688.9			
46	3548877.7	5812486.1	96	3545199.3	5813719.6			
47	3548821.5	5812429.1	97	3545162.9	5813736.2			
48	3548763.0	5812374.6	98	3545127.8	5813755.3			
49	3548699.1	5812326.5	99	3545111.7	5813767.3			
50	3548629.5	5812287.1	100	3545105.0	5813774.7			

Kurvenpunkte der Schutzzone 2

NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)
1	3547000.0	5815953.1	51	3552124.1	5815066.4	101	3550175.9	5813979.7
2	3547009.6	5815955.8	52	3552282.0	5815040.6	102	3550240.1	5813931.9
3	3547019.3	5815958.4	53	3552439.4	5815011.9	103	3550306.7	5813887.6
4	3547038.6	5815963.7	54	3552517.8	5814995.8	104	3550376.8	5813849.1
5	3547077.1	5815974.5	55	3552595.6	5814977.5	105	3550449.2	5813815.0
6	3547153.9	5815996.8	56	3552672.5	5814955.3	106	3550523.4	5813785.2
7	3547306.1	5816046.2	57	3552709.8	5814941.0	107	3550598.7	5813758.2
8	3547436.8	5816099.9	58	3552727.8	5814932.2	108	3550752.7	5813714.6
9	3547531.6	5816128.3	59	3552744.5	5814921.1	109	3550908.4	5813678.0
10	3547606.1	5816157.5	60	3552751.5	5814914.0	110	3550986.0	5813658.6
11	3547643.2	5816172.5	61	3552758.9	5814905.1	111	3551063.2	5813637.6
12	3547681.9	5816182.5	62	3552754.3	5814895.2	112	3551101.4	5813625.6
13	3547721.8	5816184.5	63	3552748.0	5814887.5	113	3551138.9	5813611.7
14	3547761.8	5816185.7	64	3552739.7	5814881.8	114	3551157.2	5813603.6
15	3547841.8	5816185.4	65	3552722.0	5814872.5	115	3551174.6	5813593.7
16	3547921.7	5816181.5	66	3552684.3	5814859.2	116	3551189.6	5813580.5
17	3548001.3	5816173.3	67	3552645.6	5814849.3	117	3551193.9	5813571.5
18	3548080.2	5816159.8	68	3552567.0	5814833.9	118	3551191.9	5813561.7
19	3548157.8	5816140.7	69	3552488.0	5814821.9	119	3551185.3	5813554.2
20	3548234.4	5816117.5	70	3552329.1	5814802.6	120	3551177.0	5813548.6
21	3548310.1	5816091.7	71	3552169.9	5814787.0	121	3551159.1	5813539.6
22	3548385.2	5816064.0	72	3552010.3	5814773.4	122	3551121.3	5813526.8
23	3548459.8	5816035.1	73	3551851.0	5814760.7	123	3551082.4	5813517.1
24	3548533.2	5816003.2	74	3551691.4	5814748.3	124	3551003.9	5813501.8
25	3548602.3	5815963.0	75	3551532.0	5814735.5	125	3550925.0	5813488.9
26	3548669.7	5815919.9	76	3551372.4	5814723.1	126	3550766.5	5813466.8
27	3548803.3	5815831.8	77	3551213.0	5814710.1	127	3550608.2	5813443.3
28	3548937.2	5815744.2	78	3551053.6	5814695.8	128	3550451.4	5813411.5
29	3549004.9	5815701.5	79	3550894.5	5814678.9	129	3550295.8	5813374.2
30	3549073.2	5815659.8	80	3550735.7	5814659.2	130	3550143.2	5813326.3
31	3549144.1	5815622.9	81	3550578.3	5814630.4	131	3549995.3	5813265.3
32	3549217.1	5815590.1	82	3550500.5	5814611.7	132	3549845.9	5813207.9
33	3549290.6	5815558.4	83	3550423.5	5814590.0	133	3549702.8	5813136.3
34	3549441.0	5815503.9	84	3550347.9	5814564.1	134	3549559.8	5813064.5
35	3549595.9	5815463.9	85	3550273.8	5814533.7	135	3549418.3	5812989.9
36	3549733.6	5815436.8	86	3550199.2	5814505.0	136	3549277.4	5812914.0
37	3549911.0	5815407.9	87	3550125.1	5814474.8	137	3549136.6	5812838.1
38	3550067.5	5815374.8	88	3550090.3	5814455.1	138	3549064.7	5812803.0
39	3550224.5	5815343.6	89	3550057.1	5814432.7	139	3548991.5	5812770.4
40	3550381.6	5815314.5	90	3550026.7	5814406.7	140	3548917.0	5812741.3
41	3550539.5	5815287.5	91	3550001.1	5814376.0	141	3548840.5	5812718.0
42	3550697.6	5815262.9	92	3549982.4	5814340.7	142	3548762.2	5812701.6
43	3550856.1	5815241.0	93	3549972.4	5814301.9	143	3548683.0	5812690.3
44	3551014.7	5815219.9	94	3549971.3	5814261.9	144	3548603.3	5812683.1
45	3551173.4	5815199.3	95	3549978.0	5814222.5	145	3548523.4	5812679.6
46	3551332.1	5815179.1	96	3549990.8	5814184.6	146	3548443.4	5812680.2
47	3551490.6	5815157.6	97	3550008.7	5814148.9	147	3548403.5	5812682.3
48	3551649.1	5815135.6	98	3550030.2	5814115.1	148	3548364.5	5812691.4
49	3551807.5	5815113.2	99	3550054.7	5814083.4	149	3548327.6	5812706.9
50	3551965.9	5815090.3	100	3550111.5	5814027.1	150	3548290.6	5812722.2

noch Schutzone 2

NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)	NR.	Y (RECHTS)	X (HOCH)
151	3548216.4	5812752.1	201	3542663.1	5813463.7	251	3541358.9	5815942.5
152	3548067.0	5812809.4	202	3542508.1	5813503.5	252	3541518.9	5815941.8
153	3547916.5	5812863.7	203	3542353.3	5813544.0	253	3541678.7	5815933.4
154	3547765.1	5812915.4	204	3542199.1	5813586.9	254	3541838.6	5815928.8
155	3547612.3	5812962.7	205	3542045.8	5813632.4	255	3541998.1	5815915.8
156	3547460.8	5813014.2	206	3541893.2	5813680.6	256	3542157.7	5815904.7
157	3547308.3	5813062.5	207	3541741.9	5813732.6	257	3542317.5	5815896.3
158	3547230.3	5813080.6	208	3541592.6	5813790.1	258	3542477.4	5815892.3
159	3547152.1	5813097.5	209	3541519.3	5813822.2	259	3542637.4	5815893.4
160	3547112.9	5813105.5	210	3541447.7	5813857.9	260	3542717.4	5815895.7
161	3547072.9	5813104.6	211	3541379.2	5813899.2	261	3542797.3	5815899.2
162	3547033.7	5813097.0	212	3541347.0	5813922.9	262	3542876.3	5815912.0
163	3546994.4	5813089.2	213	3541317.7	5813950.2	263	3542954.8	5815927.0
164	3546916.1	5813073.2	214	3541291.1	5813980.0	264	3542994.1	5815934.7
165	3546759.3	5813041.1	215	3541250.5	5814049.0	265	3543033.1	5815943.7
166	3546603.1	5813006.6	216	3541223.8	5814124.4	266	3543051.9	5815950.5
167	3546447.5	5812969.3	217	3541198.5	5814200.3	267	3543068.7	5815959.4
168	3546292.1	5812931.1	218	3541167.2	5814273.9	268	3543083.9	5815970.5
169	3546137.8	5812888.7	219	3541128.6	5814344.0	269	3543100.4	5815981.8
170	3545982.9	5812848.6	220	3541083.6	5814410.1	270	3543118.3	5815990.8
171	3545825.9	5812818.0	221	3541033.3	5814472.4	271	3543154.4	5816008.0
172	3545668.5	5812789.5	222	3540979.1	5814531.2	272	3543228.4	5816038.6
173	3545589.6	5812773.8	223	3540925.8	5814590.8	273	3543301.9	5816070.1
174	3545510.5	5812762.9	224	3540815.0	5814706.3	274	3543449.3	5816132.4
175	3545430.9	5812750.3	225	3540700.1	5814817.6	275	3543596.0	5816196.2
176	3545350.9	5812754.5	226	3540580.9	5814924.3	276	3543664.6	5816237.5
177	3545271.0	5812759.1	227	3540461.0	5815030.3	277	3543736.9	5816271.6
178	3545191.3	5812766.0	228	3540340.7	5815135.8	278	3543811.0	5816301.7
179	3545031.9	5812779.8	229	3540282.3	5815190.5	279	3543885.7	5816330.5
180	3544952.2	5812786.1	230	3540254.4	5815219.1	280	3543959.8	5816360.5
181	3544872.4	5812792.1	231	3540228.5	5815249.6	281	3544033.5	5816391.7
182	3544832.5	5812793.2	232	3540205.9	5815282.6	282	3544111.2	5816410.6
183	3544792.7	5812799.0	233	3540189.7	5815319.2	283	3544190.9	5816417.3
184	3544755.1	5812812.7	234	3540185.2	5815358.9	284	3544270.8	5816422.4
185	3544718.5	5812828.7	235	3540193.4	5815397.6	285	3544350.8	5816423.0
186	3544644.9	5812860.2	236	3540216.1	5815431.8	286	3544430.6	5816417.3
187	3544497.7	5812922.9	237	3540242.4	5815462.0	287	3544509.6	5816405.0
188	3544351.7	5812988.4	238	3540271.5	5815489.3	288	3544588.1	5816389.4
189	3544204.3	5813051.0	239	3540334.1	5815539.2	289	3544744.0	5816353.6
190	3544055.6	5813109.5	240	3540399.5	5815585.4	290	3544899.4	5816315.6
191	3543906.8	5813168.4	241	3540466.1	5815629.7	291	3545051.2	5816264.9
192	3543833.4	5813200.1	242	3540602.0	5815714.0	292	3545201.1	5816209.0
193	3543756.4	5813222.0	243	3540742.9	5815789.8	293	3545351.1	5816153.4
194	3543677.6	5813235.6	244	3540815.0	5815824.6	294	3545501.3	5816098.3
195	3543599.1	5813251.0	245	3540889.2	5815854.5	295	3545651.7	5816043.5
196	3543442.1	5813282.0	246	3540965.0	5815880.1	296	3545802.1	5815989.0
197	3543285.6	5813315.2	247	3541042.1	5815901.2	297	3545952.9	5815935.6
198	3543129.9	5813352.5	248	3541120.4	5815917.9	298	3546104.5	5815884.3
199	3542975.3	5813393.8	249	3541199.4	5815930.4	299	3546180.2	5815858.4
200	3542818.9	5813427.6	250	3541279.0	5815938.4	300	3546255.6	5815831.8
						301	3546294.6	5815822.7
						302	3546333.5	5815813.6
						303	3546373.5	5815813.9
						304	3546412.9	5815821.0
						305	3546452.2	5815828.3
						306	3546530.8	5815843.3
						307	3546687.5	5815875.5
						308	3546843.9	5815912.2
						309	3546998.1	5815952.6
						310	3547000.0	5815953.1

Einbanddecken 1974

Auslieferung ab Februar 1975

Teil I: 12,— DM (3 Einbanddecken) einschl. Porto und Verpackung

Teil II: 8,— DM (2 Einbanddecken) einschl. Porto und Verpackung

In diesem Betrag sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.

Die Titelblätter und die zeitlichen Übersichten für Teil I und Teil II liegen demnächst den entsprechenden Ausgaben des Bundesgesetzesblattes für alle Abonnenten bei.

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.

**Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · 53 Bonn 1 · Postfach 624**

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. --- Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzeblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.